

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 09.12.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:05 Uhr bis 19:20 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	vertritt Herrn Dr. Rüdiger Fikentscher
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	ab 17:53 Uhr anwesend
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	bis 18:36 Uhr anwesend
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	DIE LINKE.	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	vertreten durch Herrn Klaus Hopfgarten
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

### **Verwaltung**

Herr Dr. Bernd Wiegand	BG
Frau Renée Fischer	Verw
Herr Wolfgang Hans	Verw
Frau Rita Lachky	Verw
Herr Dr. Ernst Müllers	Verw
Herr Johannemann	Verw
Frau Kerstin Biesecke	Verw

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2010
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Bestellung eines Protokollführers  
Vorlage: V/2010/09336
  - 4.2. Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)  
Vorlage: V/2010/09160
    - 4.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)  
Vorlage: V/2010/09335
    - 4.2.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)  
Vorlage: V/2010/09340
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2010/09245
  - 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Berichts auf Einhaltung der Gefahrenabwehrverordnung  
Vorlage: V/2010/09181
  - 5.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Anbringung einer stationären Geschwindigkeitsmeßanlage an der Kreuzung Dölauer Straße / Schwuchtstraße  
Vorlage: V/2010/09182
  - 5.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Reinigung von Wegen in halleschen Parks  
Vorlage: V/2010/09186
  - 5.5. Antrag des Sachkundigen Einwohners Stefan Schulz (CDU Fraktion) mit Unterstützung des Stadtrates Herrn Andreas Scholtyssek und des Stadtrates Herrn Manfred Sommer zum Beschluss einer Fördermittelrichtlinie zur Beseitigung von illegalem Graffiti.  
Vorlage: V/2010/09348
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Paulsen**, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Paulsen** weist darauf hin, dass die Verwaltung darum bittet, den TOP 4.2 als zweite Lesung zu betrachten. Im Januar erfolgt dann die dritte Lesung und danach die Beratung in den anderen Ausschüssen.

Der Ausschuss stimmt der Tagesordnung mehrheitlich zu.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2010**

---

Die Niederschrift vom 11.11.2010 wird mehrheitlich angenommen.

## **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

### **zu 4.1 Bestellung eines Protokollführers Vorlage: V/2010/09336**

---

**Herr Paulsen** eröffnet den TOP und übergibt **Herrn Müller** das Wort mit der Bitte um kurze Vorstellung seiner Person.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten bestellt zu seinem Protokollführer Herrn René Müller.

**zu 4.2 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)**  
**Vorlage: V/2010/09160**

---

**Herr Paulsen** gibt bekannt, dass die Tabelle mit den Auswertungen und Anregungen zur Marktsatzung Grundlage der Diskussion ist und anhand der laufenden Nummern der Reihe nach durchgegangen wird. Dabei werden nur die Punkte besprochen, bei denen die Verwaltung eine Veränderung vornimmt.

Zur lfd. Nr. 1 merkt **Herr Busse** an, dass er den Vorschlag für eine Beteiligung in Form eines Beirats als „übergroße Blase“ ansieht. **Herr Paulsen** bittet um Abgabe eines Änderungsantrages zur weiteren Behandlung dieses Anliegens.

**Herr Paulsen** fragt an, in der Formulierung zur Zusammensetzung des Beirates sei das Wort „jeweilig“ nicht korrekt, es gäbe nur einen Beirat. Frau Biesecke erklärt, dass es ja auch zwei Wochenmärkte gibt. Herr Paulsen ist der Auffassung, dass dann eine Formulierung „Vertreter der Wochenmarktbeiräte“ verwendet werden sollte. **Herr Dr. Wiegand** sichert eine Übernahme dieser Formulierung zu.

Zu lfd. Nr. 2: hier wird ein Änderungsantrag der FDP folgen, da die Verwaltung dem Änderungsvorschlag nicht gefolgt ist.

Ebenso zu lfd. Nr. 3: die FDP wird einen Änderungsantrag stellen.

Die lfd. Nr. 4 und 5 wurde von der Verwaltung übernommen; zu letzteren wird die FDP den Antrag ergänzen.

Zu den lfd. Nr. 6 und 7 wird die FDP einen Änderungsantrag stellen.

Zur lfd. Nr. 9 möchte **Herr Misch** wissen, welche sachlichen Gründe es für die Stadt gibt, den Aufbau des Marktes nicht schon drei Stunden vor dessen Beginn erfolgen zu lassen.

**Frau Biesecke** erklärt, dass dann die Mitarbeiter schon um 6 Uhr auf dem Markt sein müssten (Dissens zu geltender Arbeitszeitregelung). Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten zudem, dass die bisher zur Verfügung stehende Zeit ausreichend gewesen sei.

**Herr Busse** merkt an, dass die Obst- und Gemüsehändler länger brauchen und dann erst um 11 Uhr fertig sind. Bisher gab es immer ein Zugeständnis durch die Verwaltung. Hierzu möchte er einen Änderungsantrag stellen.

**Herr Misch** bittet bis zur nächsten Sitzung um eine Darstellung der finanziellen Mehrbelastungen, wenn der Aufbau schon ab 6 Uhr beginnt.

Zur lfd. Nr. 12 wird durch **Herrn Dr. Sommer** ein Änderungsantrag gestellt.

Die lfd. Nr. 14 wird in der nächsten Sitzung behandelt.

Zur lfd. Nr. 16 möchte **Herr Knöchel** wissen, wie die Situation der Anschlüsse für die Ver- bzw. Entsorgung in den Außenmärkten ist. **Frau Biesecke** erläutert, dass auf dem Markt an der Vogelweide die Anschlüsse anliegen, diese müssen nur zugeschaltet werden.

Zu lfd. Nr. 17: **Herr Rothe** erläutert das Sondernutzungsgenehmigungsverfahren. Im Gegensatz zum Markt müssen die Händler hier selbst den Strom- und Wasseranschluss sowie die Müllbeseitigung organisieren.

**Herr Scholtyssek** fragt an, was passiert, wenn die Händler sich nicht um die Organisation kümmern. **Herr Dr. Wiegand** erklärt, dass dies eine Ordnungswidrigkeit wäre und verwahrt werden wird. Wenn das Sondernutzungsverfahren für die bisherigen kleineren Marktstandorte beschlossen wird, haben die Händler nur einmal den Aufwand der gesamten

Organisation und werden hierbei vom Marktamt unterstützt. Die Sondernutzung als Verwaltungsakt regelt alles umfänglich, alle Rahmenbedingungen werden dabei festgelegt, weitere Aktivitäten sind dann nicht mehr erforderlich. Richtig ist aber, dass bei dieser Form der Händler eigenverantwortlich operieren muss.

**Herr Knöchel** sieht ein Problem beim anvisierten Einsparpotential des Personalbedarfs, da beim Marktwesen zwar weniger, beim Ordnungsamt aber mehr Personal benötigt würde. Damit würde die Begründung für die Änderung des Regimes in der Vorlage zu hinterfragen sein und eine erneute Personalbedarfsrechnung notwendig werden. Die Verwaltung wird bis zur nächsten Sitzung eine entsprechende Kostenübersicht vorlegen.

Zur Ifd. Nr. 18 fragt **Frau Wildgrube** nach der Möglichkeit die Händler zu befragen, ob diese die vollständigen (und höheren) Kosten im Falle einer Erhaltung der Außenmärkte tragen würden?

**Herr Dr. Wiegand** sichert die Befragung bis zur nächsten Sitzung zu.

Die Ifd. Nr. 19 und 20 werden zur nächsten Sitzung besprochen.

Die Ifd. Nr. 21 wurde von Herrn Rothe in der als Tischvorlage verteilten schriftlichen Stellungnahme beantwortet.

Zu den Ifd. Nr. 24 und 25 wird die FDP-Fraktion Änderungsanträge stellen.

Zur Ifd. Nr. 26 weist **Herr Misch** darauf hin, dass sich die Verkaufsfläche durch Deichseln an den Verkaufswagen reduziert. Er schlägt vor, diese Fläche nur teilweise anzurechnen.

**Herr Dr. Wiegand** erklärt dazu, dass dies absichtlich so geregelt wurde, damit die Händler nicht benachteiligt werden. Des Weiteren erklärt **Frau Biesecke**, dass der Markt zur Zeit mehr Flächen bereit stellt, als es Händler gibt.

Die Verwaltung wird der Intention folgen.

Mit dieser Erörterung sind gleichzeitig die Fragen aus der letzten Ausschusssitzung beantwortet.

**Herr Knöchel** weist darauf hin, dass er die Marktgebühren von Halle mit denen der Umlandgemeinden verglichen hat. Dabei habe er festgestellt, dass Halle sehr günstig sei. Er fragt, ob bei der Kalkulation etwas vergessen wurde. Er möchte eine Darstellung der Personalstellen, die mit dem Markt befasst sind und hat Fragen zur Ablauforganisation im Veranstaltungsservice.

Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzungseinladung einen Stellenplan pro Markt mit verschicken.

**Herr Scholtyssek** fragt, wie sich die Aufwendungen der Stadt für die Märkte zusammensetzen. Auch interessiert ihn der Grundgedanke für die beabsichtigte Änderung des Gebührenregimes. Er wird seine Anfrage schriftlich konkretisieren.

Gleichzeitig regt er an, dass in § 17 Abs. 2 des Entwurfs der Marktsatzung in der Nr. 5 „in der Regel“ für die Festlegung der Höhe der Gebühr eingefügt wird.

**Abstimmungsergebnis:** beraten  
in zweiter Lesung

### **Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Halle (Saale) für

Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung).

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)**  
**Vorlage: V/2010/09335**

---

Dieser TOP wird in der nächsten Sitzung behandelt.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Der Ausschuss hat mehrheitlich dem Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zu vertagen, zugestimmt.

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)**  
**Vorlage: V/2010/09340**

---

Dieser TOP wird in der nächsten Sitzung behandelt.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Der Ausschuss hat mehrheitlich dem Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zu vertagen, zugestimmt.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung von Grüne-Welle-Schaltungen an allen Ampelanlagen in Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2010/09245**

---

**Frau Wildgrube** erläutert die Antragstellung, generelles Anliegen ist die Schadstoffreduzierung.

**Herr Misch** weist darauf hin, dass es seit 1997 ein verkehrspolitisches Leitbild gibt, in dem festgelegt wurde, dass Bus und Bahn Vorrang haben. Aus diesem Grund müsste der Antrag lauten: „Änderung des verkehrspolitischen Leitbildes“.

**Herr Roesler** teilt mit, dass die Beratungen zur Überarbeitung des Leitbildes begonnen haben und ein Vorschlag in einer offenen Arbeitsgruppe bis Ende 2013 diskutiert und erarbeitet werden soll. Bei der Erstellung dieses Leitbildes werden Bürgerinitiativen und

Fraktionen mit einbezogen. Des Weiteren erklärt er, dass es physikalisch nicht möglich sei, für alle Verkehrsteilnehmer eine grüne Welle zu schaffen, da das eigentliche Problem der unterschiedliche Abstand der Knotenpunkte und somit auch der Ampeln darstellt. Aus diesem Grund wäre eine „Grüne Welle“ auch nur in eine Richtung möglich. Auch müsste entschieden werden, für welche Straßen/Richtungen die Priorität gegeben sein soll.

**Herr Paulsen** stimmt zu, dass es momentan nicht sinnvoll sei, diesen Antrag zu behandeln und regt an, das Anliegen in die Arbeitsgruppe einzuspeisen und den Antrag vorläufig zurückzuziehen.

**Herr Misch** gibt außerdem zu bedenken, dass es sich auch bei dem Antrag auf Einrichtung der Grünen Welle um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises handelt, der Antrag mithin anders formuliert werden müsste.

Der Ausschuss vertagt auf Bitten von **Frau Wildgrube** den Antrag. Sie bespricht diesen erneut mit ihrer Fraktion.

**Herr Scholtyssek** möchte wissen, ob es technisch möglich sei, früh eine Grüne Welle stadteinwärts und nachmittags stadtauswärts einzurichten und wie hoch der Kostenaufwand ist.

**Herr Roesler** teilt mit, dass technisch alles möglich wäre. Die Umstellung der Steuerung wäre indes sehr kostenaufwändig.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Der Ausschuss hat mehrheitlich dem Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zu vertagen, zugestimmt.

**zu 5.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Berichts auf Einhaltung der Gefahrenabwehrverordnung  
Vorlage: V/2010/09181**

---

Der Ausschuss hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat über die Aktivitäten zur Durchsetzung der Gefahrenabwehrverordnung in Halle (Saale). Darin sind die Maßnahmen und deren Ergebnisse für jeden bekannten Einzelfall eines Verstoßes gegen den § 15 der Gefahrenabwehrverordnung aufzulisten. Insbesondere ist zu erläutern, wieso die Stadtverwaltung sich nur um den Standort am Gesundheitszentrum Silberhöhe kümmert und die restlichen Standorte keine Aufmerksamkeit erhalten.



**zu 5.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Anbringung einer stationären Geschwindigkeitsmeßanlage an der Kreuzung Dölauer Straße / Schwuchtstraße**  
**Vorlage: V/2010/09182**

---

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung prüft, ob an der Kreuzung Schwuchtstraße / Dölauer Straße eine stationäre Geschwindigkeitsmeßanlage zur Überwachung des Straßenverkehrs errichtet werden kann.

**zu 5.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Reinigung von Wegen in halleschen Parks**  
**Vorlage: V/2010/09186**

---

Herr Hopfgarten teilt mit, dass die Verwaltung den Antrag als Anregung auffassen möge. Der Antrag wird zurückgezogen.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Praxis der Reinigung von Hauptwegen (insbesondere beliebten Radfahrrouten) in halleschen Parks wird mit dem Ziel überprüft, diese Wege ganzjährig begeh- und befahrbar zu halten.

**zu 5.5 Antrag des Sachkundigen Einwohners Stefan Schulz (CDU Fraktion) mit Unterstützung des Stadtrates Herrn Andreas Scholtyssek und des Stadtrates Herrn Manfred Sommer zum Beschluss einer Fördermittelrichtlinie zur Beseitigung von illegalem Graffiti.  
Vorlage: V/2010/09348**

---

Seitens der Verwaltung liegt dazu eine ablehnende Stellungnahme vor.

**Herr Schulz** weist die Stadtverwaltung darauf hin, dass sie diese Fördermittelrichtlinie als Rechtsgrundlage schaffen sollte, damit diese greifen kann, wenn es die finanzielle Lage der Stadt dann zulässt.

**Herr Misch** ist der Meinung, dass der Antrag zurückgezogen werden solle, illegale Graffiti stellen zwar eine Straftat dar, stünden aber in keinem Verhältnis zu anderen Straftaten wie z. B. Handtaschenraub oder Einbruch. Diese Opfer würden auch nicht von der Stadt entschädigt. Deswegen sei es nicht einsehbar, hier eine Rechtsgrundlage für die Entschädigung von Opfern illegaler Graffiti zu schaffen.

**Herr Paulsen** ist der Auffassung, dass es eine Fördermittelrichtlinie geben solle, da der Stadtrat im Haushalt Fördermittel eingestellt habe. Die Angelegenheit an sich müsse dann inhaltlich diskutiert werden. Ob 2011 überhaupt Geld eingestellt wird, könne dann im Zuge der Haushaltsberatungen besprochen werden.

**Herr Dr. Wiegand** wirbt für diese Fördermittelrichtlinie und schildert, dass seit Einführung der beiden städtischen Projekte zur Bekämpfung illegaler Graffiti die Straftaten immerhin um ein Drittel zurückgegangen seien. Auch stehe nicht die Entschädigung von Grundstückseigentümern im Vordergrund. Diese erfolge nur dann, wenn jemand finanziell nicht sofort in der Lage sei, Graffiti zu entfernen und somit ein Anreiz für weitere Graffiti entstehe.

**Frau Wildgrube** ist grundsätzlich für die Aufrechterhaltung dieses Antrags. Sie möchte eine bessere Stellungnahme der Verwaltung haben. Diese solle fachlich und nicht finanztechnisch erfolgen.

Die Verwaltung sagt diese zu.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

Der Ausschuss hat mehrheitlich dem Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zu vertagen, zugestimmt.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

## zu 7 Mitteilungen

---

1. **Herr Sturm** begründet noch einmal mündlich das Abkleben des „Grünen Pfeils“ an der Ampel am Hauptbahnhof. Nach Beratung in der Unfallkommission ist dieses aufgrund von verstärktem Auftreten von Unfällen an diesem Standort vorgenommen worden.

2. Zwischenzeitlich ist die Dienstvereinbarung der Feuerwehr abgeschlossen worden. Damit erübrigt sich die Beantwortung der Anfrage aus der Ausschusssitzung vom 11.11.2010.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Diaby** möchte wissen, wie teuer die Installation der Ampel auf der Merseburger Straße an der Straßenbahnhaltestelle Pfännerhöhe war. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Verwaltung reagiert, wenn Bürger widerrechtlich mit Salz streuen.

**Herr Braunisch** erläutert die Durchführung des Winterdienstes und erklärt, dass durch Einsatz von Politessen und Stadtordnungsdienst vorrangig kontrolliert wird, ob die Gehwege von Schnee und Eis geräumt werden. Bei Anzeigen werden durch weitere Mitarbeiter Kontrollen durchgeführt. Sollte festgestellt werden, dass Bürger - außer in begründeten Ausnahmefällen - mit Salz gestreut haben, wird ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Z. Z. werden täglich 60 bis 80 Ordnungswidrigkeiten angezeigt, darunter auch widerrechtliches Streuen mit Salz.

**Frau Wildgrube** übermittelt mehrere Anfragen von Hauseigentümern (u. a. Haus & Grund). Hinsichtlich der Entsorgung von Mülltonnen gäbe es Beschwerden über das Prozedere des Bereitstellens der Tonnen. Diese dürften nicht mehr am Vorabend bereitgestellt werden, sondern müssten zwischen Mitternacht und 6 Uhr morgens bereitgestellt werden, was zu Belästigungen der Bewohner führe.

**Herr Braunisch** erläutert die Satzungslage nach Straßensondernutzungssatzung und Abfallwirtschaftssatzung. Danach ist nur zulässig, dass die Tonnen am Tag der Entsorgung bereitgestellt werden müssen. Das sei auch keine veränderte Verwaltungspraxis, sondern gilt unverändert seit mindestens 15 Jahren. Sollten Tonnen dem entgegen zu früh in den Straßenraum gestellt werden, so ist dies bei Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrsraumes eine Ordnungswidrigkeit. Durch Ereignisse wie Brandserien und Vandalismus reagiere aber die Verwaltung jetzt sensibler.

**Herr Paulsen** möchte wissen, warum die Stadt selbst Salz streue, wenn dies für die Bürger verboten sei. Des Weiteren möchte er wissen, wie hoch der Bestand an Auftaumitteln und abstumpfenden Mitteln in den vergangenen zwei Jahren war und wie viel jeweils verbraucht wurde.

Die Stadtverwaltung sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Krischok** möchte zur Problematik, wie die Verarbeitung der Erkenntnisse, die im Rahmen der Aktion Prävention durch Präsenz der Verwaltung mitgeteilt werden, erfolgt, eine genauere Antwort haben. Sie möchte diese nicht nur auf Trinkerstandorte, sondern auch auf andere Bereiche bezogen haben.

Die Verwaltung wird die Antwort präzisieren.

**Herr Scholtyssek** fragt zum Thema Winterdienst an, ob die Fahrzeuge nach Räumung aller Hauptstraßen im Depot stehen oder ob dann andere Straßen geräumt werden.

**Herr Braunisch** teilt mir, dass der Winterdienst nicht nur die Aufgabe hat, die Straßen zu räumen, sondern muss diese dann auch streuen. Des Weiteren gebe es einen Vertrag, in dem geregelt sei, welches Straßennetz zu räumen ist. Für diese Räumung wird eine Pauschale gezahlt. Die Räumung weiterer Straßen als zusätzlichem Part koste zusätzliches Geld.

**Herr Dr. Diaby** findet die Antwort der Verwaltung auf die Frage, ob die Verwaltung Bänke auf den Vorplatz des Landesmuseums für Vorgeschichte stellen kann, nicht plausibel.

Die Verwaltung wird diese Antwort präzisieren.

## zu 9 Anregungen

---

**Herr Paulsen** regt an, auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses im Januar Informationen zur Luftreinhalteplanung als separaten Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Der öffentliche Teil der Ausschusssitzung wird um 19:10 Uhr beendet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.01.11

---

Oliver Paulsen  
Ausschussvorsitzender

---

Dr. Bernd Wiegand  
Beigeordneter

---

Renée Fischer  
Protokollführerin